

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Horst Sielaff MdB zu den jüngsten Kohl-Äußerungen: Der Kanzler mißbraucht das Aussiedlerproblem für den Wahlkampf.

Seite 1

Prof. Dr. Uwe Heltz MdB zur Lage in Afghanistan: Ausdrück ungelöster Probleme.

Seite 3

Ludwig Stiegler MdB zum Selbstverständnis der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten: Parlamentarischer Arm der Arbeitnehmer.

Seite 4

### Dokumentation:

Die Berliner SPD hat einen Aufruf zum Schweigegemarsch zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht beschlossen. Wortlaut

Seite 6

43. Jahrgang / 214

8. November 1988

Kanzler mißbraucht Aussiedlerproblem für den Wahlkampf

Anmerkungen zu den jüngsten Kohl-Äußerungen

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Ausgerechnet zur Eröffnung des Kommunalwahlkampfes in Hessen heizte der Bundeskanzler höchstpersönlich die Diskussion um die Aussiedlerproblematik an. Seine Äußerungen gegen Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten in Frankfurt, einer Stadt mit überproportional hohem Ausländeranteil, und die gleichzeitigen Forderungen der CDU/CSU-Politiker Späth, Stoiber und andere nach Einschränkung des Asylrechts vermengten - gewollt oder ungewollt - die Bereiche Asylanten und Aussiedler zu einem ungenuten Gemisch.

Den Schaden werden die Betroffenen zu spüren bekommen. Die Mahnungen der Kirchen, diese Diskussion nicht mutwillig hochzuputschen und nicht eine Gruppe gegen die anderen auszuspielen, wird ausgerechnet von den C-Parteien ignoriert. Im Eifer des Wahlkampfes rutschten der Kanzler wiederum Bemerkungen heraus - oder sollten sie sogar mit Bedacht so formuliert worden sein? -, die zunächst äußerst nebulös erscheinen, bei näherem Hinsehen aber wohl als Netz zum Einfangen der Rechtskonservativen und nationalistisch Denkenden für die Union gedacht sind.

Diese Gruppen, die in Flugblättern und Vertriebenenzeitungen seit längerem die Ostpolitik der Regierung mit Distanz und teilweise bissigen Kommentaren begleiten, sollen wieder geködert werden; und der Kanzler merkt wieder einmal zu spät, welchen außenpolitischen Schaden er damit anrichten kann. Denn auf die Aussiedlerproblematik gezielt, führte Kanzler Kohl laut Presseberichten aus: Schließlich verfolge auch das Ausland mit großem Interesse, wie die Bundesrepublik mit dieser Frage umgehe. Darin werde ein Indiz für den Willen zur Einheit der deutschen Nation gesehen.

Die Aussiedlerfrage also als „Indiz für den Willen zur Einheit der deutschen Nation“? Was soll diese Verquickung der Aussiedlerfrage mit

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit erdgeschichtlichen  
Kulturdenkmälern



der Einheit der Nation und Äußerungen anderer Unionspolitiker über die Obhutspflicht der Bundesregierung über alle Deutschen bewirken?

In diesem Jahr kam der weitaus größte Teil der Aussiedler - zumeist mit Besuchervisum - aus der VR Polen; fast 90.000 waren es. Ist die Einheit der Nation nicht mehr beschränkt auf die beiden deutschen Staaten? Müssen der Außenminister oder gar der Bundespräsident im Sinne der abgeschlossenen Ostverträge den Kanzler korrigieren oder richtigstellen, um Schaden vom deutschen Volk zu wenden?

Bei seinen parteipolitischen Ausfällen um die Aussiedlerproblematik versuchen der Kanzler und in seinem Gefolge natürlich auch der designierte CSU-Vorsitzende Waigel von objektiv vorhandenen Problemen bei dem starken Aussiedlerproblem abzulenken. Um die Engpässe wirklich zu erkennen, reichen nicht das Gespräch mit einer Aussiedlerfamilie in der Bundesrepublik Deutschland oder der Empfang ausgesuchter Deutscher, die aussiedeln wollen, in der deutschen Botschaft in Moskau.

Da muß man sich vor Ort mit den Bürgermeistern, die sich allein gelassen fühlen, und mit den Bürgerinnen und Bürgern unterhalten, die in bundesdeutschen Städten seit Jahren bezahlbaren Wohnraum suchen. Und zur Information gehört auch das Gespräch zum Beispiel mit den Deutschen in der UdSSR, die dort bleiben wollen, und die die Gefahr sehen, daß die Errungenschaften in Kasachstan und anderswo in Form gut organisierter deutschsprachiger Schulen und Kindergärten und des Ausbaus eines deutschsprachigen Verlages und des Rundfunks wegen des Exodus vieler Deutscher langfristig wohl nicht zu halten sind.

Der Kanzler macht es sich zu einfach. Das Thema verdient ernsthaftes Nachdenken und eignet sich überhaupt nicht für leichtfertiges Wahlkampfgeklingel.

(-/8.11.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

Ausdruck ungeförter Probleme

Zur Lage in Afghanistan

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die immer noch in Afghanistan stattfindenden Kämpfe sind Ausdruck der ungelösten Probleme, die im Genfer Vertrag vom April 1988 unberücksichtigt bleiben mußten: Die fortgesetzten Waffenlieferungen an beide Seiten, die Tatsache, daß das von Moskau installierte Regime Nadjibullah nicht abgelöst wurde, und die Nichtbeteiligung des Widerstandes an den Genfer Friedensverhandlungen.

Der sowjetische Botschafter in Afghanistan, Juli Woronzow, sagte jetzt vor dem afghanischen Parlament, das Abkommen über den Rückzug aller Truppen bis zum 15. Februar 1989 werde mit der Lieferung moderner Waffen durch die USA und Pakistan an die moslemischen Partisanen „praktisch torpediert“. Er betrachtet die Waffenlieferungen als „einen sehr ernsten Schlag für die Genfer Vereinbarungen“. Zwar reagierte US-Präsident Reagan mit Enttäuschung auf die Entscheidung der Sowjetunion, gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, daß es wichtig sei, daß die Sowjetunion erklärt habe, es handele sich nur um eine Verzögerung.

Es gehört wenig hellseherische Kraft zu der Prophezeiung, daß die Mudschahedin solange weiterkämpfen werden, bis Nadjibullah abgetreten und die Vormachtstellung der kommunistischen Partei DVPA gebrochen ist. Vielleicht können die Vereinten Nationen, die bereits das erste Abkommen vermittelt hatten, erneut bei der Lösung der noch offenstehenden Probleme helfen.

Das Scheitern Nadjibullahs an den überlieferten soziokulturellen politischen Strukturen hat gezeigt, daß derartige Bestrebungen wenig Rückhalt im afghanischen Volk finden. Basis eines dauerhaften Friedens muß ein afghanischer Staat sein, der die Eigenheiten einzelner Ethnien, Religionsgemeinschaften und Parteien respektiert und in dem die Menschenrechte verwirklicht werden.

Eine Million Tote, eineinhalb Millionen Verletzte und über sechs Millionen Flüchtlinge, die größtenteils im Nachbarland Pakistan in Lagern leben müssen - dies ist die Hinterlassenschaft der sowjetischen Invasion. Die afghanische Erde ist verwüstet und ausgebrannt. Der Krieg hat dem afghanischen Volk die Grundlagen für eine eigene Ernährung und für eine tragfähige wirtschaftliche Zukunft weitgehend zerstört.

Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung bei der UN-Geberkonferenz vom 12. Oktober 1988 zugesagt hat, die Sofortmaßnahmen des Afghanistan-Hilfsprogramms der Vereinten Nationen mit insgesamt 50 Millionen DM zu unterstützen. Dies kann aber nicht ausreichen. Afghanistan braucht darüber hinaus eine langfristig angelegte Hilfe für den Wiederaufbau. Hilfe, die es dazu befähigt, sich zu erholen und wieder leistungsfähig zu werden.

Nach Abzug der sowjetischen Truppen und nach Einstellung aller Kampfhandlungen sowie nach Schaffung der inneren Voraussetzungen, wie der Bildung einer demokratisch legitimierten Regierung, sollte die Bundesregierung die entwicklungspolitische Zusammenarbeit wieder aufnehmen und Afghanistan, einem der ärmsten Länder der Dritten Welt, die Schulden erlassen.

(-/8.11.1988/vo-he/rs)

**Parlamentarischer Arm der Arbeitnehmer**

**Zum Selbstverständnis der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten**

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

In sieben Regionalkonferenzen sucht die SPD-Landesgruppe im Bundestag auch in diesem Jahr das Gespräch mit den in den sieben bayerischen Regierungsbezirken verantwortlichen hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären und ehrenamtlichen Vorsitzenden der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Regionalkonferenzen in Mittelfranken, Oberfranken, Unterfranken sowie der Oberpfalz fanden bereits statt, die Konferenzen in Oberbayern, Niederbayern und Schwaben folgen in den nächsten Tagen. Diese Anstrengungen sind Ausdruck unseres Selbstverständnisses.

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten verstehen sich als parlamentarischer Arm der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb ist die enge Abstimmung und Koordination mit den Gewerkschaften und Industriegewerkschaften für die parlamentarische Arbeit besonders wichtig. Wir werden an der 1987 begründeten Tradition der Abstimmungsgespräche in allen bayerischen Regierungsbezirken auch in Zukunft festhalten und hoffen, daß sich darüber hinaus ein enges Geflecht der Zusammenarbeit weiterentwickelt. Die neuerliche Gesprächsrunde mit den Sekretären und ehrenamtlichen Vorständen der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften im DGB wird auch 1988 gut angenommen.

Wir achten und verteidigen die Tarifautonomie und werden dies weiter tun. Wir halten wenig davon, sich in die Verhandlungen der Tarifpartner einzumischen und mit dem Flexibilitätsgerede oder politischer Anbiederung des Sonntags als allgemeinen verfügbaren Arbeitstag den Gewerkschaften das Geschäft zu erschweren. Wir halten ebenso wenig davon, immer wieder den neuen und angeblich modernen Individualismus zu beschwören, hinter dem sich häufig nichts anderes als der alte Egoismus verbirgt, gegen den die Arbeiterbewegung als sittlich-moralische Bewegung immer wieder die Gemeinschaftswerte, insbesondere den Wert der Solidarität durchkämpfen mußte. Was ökonomisch notwendig ist, wissen „die vor Ort“ ohnehin besser als die Politiker. Es geht vielmehr darum, durch angemessene Rahmenbedingungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Arbeit der Tarifpartner zu erleichtern.

Unsere gemeinsamen Ziele sind humane Arbeitsbedingungen, Verteilungsgerechtigkeit und Menschenwürde im Betrieb, die nur durch starke Gewerkschaften und engagierte Vertrauensleute und Betriebs- und Personalrätinnen/räte mit entsprechender Qualifikation erreicht werden können. Deshalb wendet sich die SPD zusammen mit den Gewerkschaften gegen die Zerschlagung der einheitlichen Betriebs- und Personalvertretung und gegen ein „Oberhaus“ für die leitenden Angestellten.

Die bayerische SPD setzt sich aber auch entschieden für ein Mitbestimmungsrecht der Betriebs- und Personalräte bei der Einführung neuer Technologien ein. Nur ein Mitbestimmungsrecht gewährleistet, daß Innovationen nicht nur kapitalorientiert, sondern auch menschenorientiert eingeführt und umgesetzt werden. Eine bloße Unterrichtung entspricht auch nicht dem in vielen Bereichen erreichten Stand der Unternehmenskultur, in der Gewerkschafter und Betriebsräte längst zur tragenden Säule des Betriebsgeschehens geworden sind. Wie oft haben Arbeitnehmer früher als Vorstände und betriebsferne Gesellschafter die Zeichen der Zeit erkannt und - zu häufig vergeblich - Anpassungen und Veränderungen verlangt.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verfehlt nach dem Urteil auch der Forschungsinstitute weiterhin das wichtigste Ziel, die Vollbeschäftigung: 1989 wird die Massenarbeitslosigkeit erneut wachsen. Es ist ein Alarmzeichen, daß weder ein niedriger Ölpreis noch das Anwachsen der Binnen- nachfrage noch die tarifpolitische Zurückhaltung die Arbeitslosigkeit abgebaut haben. Ohne die von den Gewerkschaften gegen die dumme und törichte Einmischung der Regierung Kohl erreichte Arbeitszeitverkürzung wäre die Arbeitslosigkeit noch wesentlich höher.

In dieser Situation ist die beabsichtigte Verschlechterung des Arbeitsförderungsgesetzes durch die CDU/CSU/FDP-Regierung völlig verfehlt. Jetzt ist vor dem Hintergrund der Zusammensetzung und der Entwicklung des Heeres der Arbeitslosen der Abbau von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Einschränkung von Umschulung und Weiterbildung geradezu Gift.

Wir werden die CSU und ihre Landesgruppe im Bundestag dafür voll haftbar machen. Die Zeiten, in denen sie in Bonn alle Schweinereien mitbeschlossen und daheim die Opposition gemimt haben, gehören der Vergangenheit an. Die SPD wird deutlich machen, daß die Arbeitnehmer in Bayern, besonders aber in Nordbayern bei der Steuerreform wenig entlastet, dafür aber bei den Verbrauchssteuern und bei der Selbstbeteiligung im Fall der Krankheit neben den Rentnern und Sozialleistungsempfängern besonders zur Kasse gebeten werden, so daß unter dem Strich für sie außer Belastungen und der finanziellen Handlungsunfähigkeit von Städten und Gemeinden von der ganzen Operation nichts mehr übrig bleibt. Die SPD hofft auch, daß die Arbeitnehmer bei Bahn und Post noch deutlicher als bisher verstehen, wie sehr die CSU ihre Arbeitsbedingungen dramatisch verschlechtert, während diese Arbeitnehmer von der SPD in ihren Anliegen unterstützt werden.

Wir danken den Gewerkschaften für ihre „Aktionswoche“. Gleichzeitig bringen wir die Hoffnung zum Ausdruck, daß sie uns hilft, gemeinsam eine Mehrheit für eine arbeitnehmerorientierte Politik zu formieren. Den Gewerkschaften wünschen wir, daß immer mehr „Trittbrettfahrer“ das endlich kapieren.

(-/8.11.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**  
=====

**SPD Berlin: Nie wieder Krieg und Rassenwahn**

Der Geschäftsführende Landesvorstand der Berliner SPD hat am 31. Oktober 1988 einen Aufruf zum Schweigemarsch zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht beschlossen. Wir dokumentieren den Aufruf im Wortlaut.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurden in Nazi-Deutschland jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger verschleppt, mißhandelt und getötet, Synagogen wurden in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüstet, Eigentum von Juden geplündert. Mit diesem vom nationalsozialistischen Regime geplanten und gezielt eingesetzten Pogrom erreichte der antisemitische Rassenwahn des NS-Regimes einen ersten Höhepunkt. Von der Reichspogromnacht führt ein direkter Weg zum Holocaust, in die Vernichtungslager, in denen sechs Millionen europäische Juden ermordet worden sind.

Die SPD unterstützt die Initiative, in Berlin ein Mahnmal für die Opfer des Holocaust zu errichten.

Der 50. Jahrestag der Reichspogromnacht ist für alle Demokraten Mahnung und Verpflichtung. Krieg und Rassenwahn müssen ein für alle Mal ein Ende haben. Es darf kein Verdrängen der Verbrechen geben, die in der jüngeren deutschen Geschichte von Deutschen im Namen von Deutschen begangen worden sind. Es gilt, den Anfängen zu wehren und rechtsextremen und neonazistischen Bestrebungen entschlossen entgegenzutreten, wo immer sie sich zeigen.

Die SPD, die - nach der Ausschaltung der KPD-Abgeordneten - als einzige Partei gegen das Hitlerische Ermächtigungsgesetz gestimmt und viele Opfer im Widerstand gebracht hat, bekennt sich zur Verantwortung für die ganze deutsche Geschichte. Diese Geschichte lebendig zu halten, ist Auftrag vor allem von Erziehung und politischer Bildung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns deshalb dafür ein, daß alle Schülerinnen und Schüler einmal in ihrer Schulzeit die Gelegenheit haben, an einer Fahrt in das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz teilzunehmen. Die Berliner SPD wird in wenigen Tagen ihre vierte Auschwitz-Reise durchführen. Anfang Oktober sind 500 Schülerinnen und Schüler mit den Berliner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten nach Auschwitz gefahren. Wir fordern eine verstärkte und unbürokratische öffentliche Förderung solcher Schülerreisen.

Die unmittelbare Konfrontation mit Auschwitz ist der beste Weg, den immer wieder auch bei jungen Menschen in Schulen und Jugendorganisationen auftretenden Rechtsextremismus zu begegnen.

Berlin ist Sitz und Heimat der größten jüdischen Gemeinde in Deutschland. Die SPD bekundet ihre Verbundenheit mit den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Berlin.

Der Schweigemarsch am 8. November 1988 ist über alle Parteigrenzen hinweg eine Gelegenheit für alle Berlinerinnen und Berliner, die besondere Verantwortung unserer Stadt für Freiheit, Frieden und Versöhnung zu bekunden.

(-/8.11.1988/vo-he/rs)

\* \* \*